

Erklärung zu den Familien-Einnahmen für

Anzugeben sind alle Bruttoeinnahmen, mit denen der Lebensunterhalt bestritten werden kann. Bei einem Befreiungsantrag im laufenden Kalenderjahr bitte auch die voraussichtlichen Einnahmen berücksichtigen. Kein Eintrag bedeutet keine derartige Einnahme.

Zu meinem/unseren Bruttoeinnahmen gehören	Die monatlichen Einnahmen werden bezogen vom/von				
	Mitglied	Ehegatten	Kind	Kind	Kind
Arbeitsentgelt/Arbeitseinkommen					
Lohn/Gehalt					
Einmalzahlungen (z.B. Urlaubsgeld)					
Selbstständige Tätigkeit					
Geringfügige Beschäftigung					
Renten/Pensionen u.a.					
aus der gesetzl. Rentenversicherung z.B. Altersrente, Erwerbsminderungsrente.					
aus der Unfallversicherung					
aus der privaten Lebensversicherung					
Pensionen/Versorgungsbezüge					
Entgeltsersatzleistungen					
Kranken-, Übergangs-, Verletztengeld					
Arbeitslosengeld					
Kurzarbeiter- oder Insolvenzgeld					
Mutterschaftsgeld					
Sonstiges					
Pacht- und/oder Mieteinnahmen					
Zinsen aus Kapitalvermögen					
Unterhalt, Unterhaltsleistungen					
Sonstige Einnahmen					
Arbeitslosengeld II/Bürgergeld					
Sozialgeld					

Ich lebe in einem Pflegeheim / Behindertenheim o.ä. Ja Nein
 Heimkosten werden vom Sozialamt bezuschusst Ja Nein
 Mein Taschengeld beträgt: _____ .

Ich erwarte für das umseitig genannte Kalenderjahr keine Einkommensänderung
 Ich erwarte für das umseitig genannte Kalenderjahr folgende Einkommensänderung:
 Änderung: _____

Meine Bankverbindung:

IBAN _____ BIC _____ Name des Geldinstituts _____

Ich erkläre, dass die vorstehenden Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind und ich die Krankenkasse bei Veränderungen zu diesen Angaben sofort unterrichten werde. Zu Unrecht übernommene Leistungen müssen zurückgezahlt werden. Kein Eintrag zu den Einnahmen bedeutet keine derartigen Einnahmen.

Datum _____ Unterschrift des Mitglieds _____ Telefon (tagsüber) _____

Datenschutzhinweis:

Die Angaben zu Kontaktdaten (E-Mail und Telefonnummer) sind freiwillig und werden ausschließlich für Rückfragen im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben verwendet. Die Löschung ist jederzeit möglich. Die Erhebung und Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen und ist für die Durchführung der Aufgaben der BKK Scheufelen erforderlich (§ 284 SGB V). Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die BKK Scheufelen und Ihre Rechte nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung finden Sie auf unserer Website (<https://www.bkk-scheufelen.de/ueber-uns/datenschutz/informationspflicht/>) oder in Papierform – rufen Sie uns an, wir senden Ihnen die Informationen gerne auch zu

Merkblatt - Befreiung von den Zuzahlungen

Versicherte haben während eines Kalenderjahres nur Zuzahlungen bis zur persönlichen Belastungsgrenze zu leisten. Die Belastungsgrenze beträgt 2 % der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt. Für chronisch Kranke, die wegen derselben Krankheit seit mindestens 1 Jahr in Dauerbehandlung sind, beträgt die Belastungsgrenze 1 %.

Bei der Ermittlung der Belastungsgrenze werden die Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt der mit dem Versicherten im gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen jeweils zusammengerechnet. Hierbei sind Abschläge für die jeweiligen Angehörigen zu berücksichtigen. Die Zuzahlungen der im Haushalt lebenden Angehörigen fließen ebenfalls in die Berechnung mit ein. Die Gesamtsumme der Zuzahlungen wird dann der persönlichen Belastungsgrenze gegenübergestellt.

Folgende **gesetzliche** Zuzahlungen können berücksichtigt werden:

Arznei- und Verbandmittel: hier sind Zuzahlungen in Höhe von 10 % des Medikamentenpreises zu entrichten, mindestens 5,00 EUR bis maximal 10,00 EUR.

Heilmittel: Zuzahlungen sind in Höhe von 10 % der Kosten pro Behandlung sowie 10,00 EUR je Verordnung zu entrichten.

Hilfsmittel: Zuzahlungen sind in Höhe von 10 % der Kosten (mindestens 5,00 EUR bis maximal 10,00 EUR) zu entrichten.

Haushaltshilfe: hier werden Zuzahlungen pro Kalendertag entrichtet, diese belaufen sich auf 10 % der Kosten, jedoch mindestens 5,00 EUR bis maximal 10,00 EUR täglich.

Krankenhausbehandlung: ab Beginn der vollstationären Krankenhausbehandlung werden innerhalb eines Kalenderjahres für längstens 28 Tage Zuzahlungen entrichtet. Diese belaufen sich auf 10,00 EUR pro Kalendertag.

Medizinische Rehabilitation (Kostenträger Krankenkasse): Versicherte die das 18. Lebensjahr vollendet haben zahlen je Kalendertag 10,00 EUR an die Einrichtung ohne Tagesbegrenzung. Nach unmittelbarem Anschluss vom Krankenhausaufenthalt zur medizinischen Rehabilitation (Anschlussrehabilitation Frist von 14 Tagen), sind Zuzahlungen in Höhe von 10,00 EUR täglich zu entrichten. Jedoch nicht mehr als 28 Tage.

Medizinische Rehabilitation für Mütter und Väter (Kostenträger Krankenkasse): hier ergeben sich Zuzahlungen in Höhe von 10,00 EUR pro Kalendertag.

Fahrkosten: hier sind Zuzahlungen in Höhe von 10 % des Fahrpreises zu entrichten, mindestens 5,00 EUR bis maximal 10,00 EUR pro Fahrt, auch wenn das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet ist.

Nicht zu den gesetzlichen Zuzahlungen gehören:

- Brillen
- Mehrkosten bei Arznei- und Verbandmitteln
- Privatrechnungen
- Privatverordnungen
- Privatrezepte
- Zahnersatz